

Grüne Partei der Schweiz



Programmplattform

verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 4. Mai 1991 in Lausanne

Zur GPS-Programmplattform - eine Lesehilfe

Die Programmplattform der Grünen Partei der Schweiz (GPS) ist ein **Ausgangspunkt** für die politische Diskussion innerhalb und ausserhalb der Partei. Sie sammelt die Ergebnisse der letzten vier Jahre, aktualisiert die bisherigen Positionsbezüge und soll interessierten Frauen und Männern innerhalb und ausserhalb der Partei die Möglichkeit geben, sich vertieft mit grüner Politik auseinanderzusetzen.

Inhalt:	Seite
Die grossen Herausforderungen	5
Politische Leitideen	8
Politisches Programm	11

Die vorliegenden Texte sind **weder vollständig noch abschliessend**. Die Grüne Partei überprüft und ergänzt ihre Positionen und Stellungnahmen laufend. Die GPS hat auch eine ständige **Programmkommission** eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, in einem ständigen Prozess mit den Kantonalparteien, den Mitgliedern und den Arbeitsgruppen sowie aus eigener Initiative die Inhalte zu überarbeiten, zu ergänzen und zu konkretisieren und der Delegiertenversammlung Grundsatzpapiere oder entsprechende Programmänderungen vorzuschlagen.

Zudem

- gibt es zu vielen Themenbereichen umfassende und konkretisierende **Positionspapiere** der GPS, zu beziehen auf unserem Sekretariat
- gibt es zu allen 16 Unterkapiteln des "Politischen Programms" **Zusammenstellungen** der Vorstösse und Stellungnahmen der Grünen Fraktion im Nationalrat, der Forderungen der Grünen Partei der Schweiz und ihrer Kantonalparteien, zu beziehen auf unserem Sekretariat
- analog zu unserem Motto "Global denken - lokal handeln" werden die **kantonalen Sektionen** wo nötig die Konkretisierung der aktuellen Themen vornehmen

Ausserdem

ist die Grüne Partei der Schweiz zum artikulierenden Instrument der vielfältigen ökologischen **Basisgruppen und Bewegungen** geworden. Deshalb gibt es auch eine Vielzahl von Unterlagen und Positionen in den einzelnen Gruppen und Themenbereichen. Diese Vielfalt soll bleiben. Die vorliegende Plattform konzentriert sich daher auf die grundsätzlichen Richtlinien für das gemeinsame Vorgehen.

Und zum Schluss:

Das gemeinsame **Streitgespräch** halten wir noch immer für die fruchtbarste Auseinandersetzung mit unseren Ideen. Wir freuen uns auf Ihre Einladung.

Herausgeber: **Grüne Partei der Schweiz**
Marienstrasse 11
3005 Bern
Tel. 031/44 14 41

Karikaturen: Joao Ventura, Paudex, VD

Bern, Juni 1991

Die grossen Herausforderungen

Unsere Lebensformen, ja der Fortbestand des Lebens überhaupt, werden in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob die grossen Herausforderungen unserer Zeit angenommen und bewältigt werden. Die Wirklichkeit der menschlichen Gesellschaften und der Oekosysteme sind jedoch komplex. Ohne Zweifel ist sie so komplex, dass wir von ihr nie eine ausreichende und definitive Kenntnis haben können. Ebenso schwierig ist die Abschätzung der Folgen der menschlichen Aktivitäten auf diese komplexen Systeme. Diese Ungewissheit muss zur allergrössten Vorsicht führen. Es wäre fatal, wenn mit dem Handeln zugewartet würde, bis die Gefahren unseres Wirtschaftens für die Umwelt wissenschaftlich abschliessend bewiesen sind.

Am Ende des 20. Jahrhunderts sind es nach dem heutigen Stand des Wissens vor allem drei grosse Herausforderungen, die wir annehmen müssen: die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel und die veränderte internationale Lage. Dies ist der Rahmen für ein zukunftsgerichtetes politisches Programm. Ehrfurcht, Solidarität und Genügsamkeit sind die menschlichen Voraussetzungen, ohne welche kein noch so anspruchsvolles Programm in die Tat umgesetzt werden kann.

Bedrohung unserer Lebensgrundlagen

Das Leben auf unserem Planeten ist bedroht. Boden, Wasser und Luft werden übernutzt, Ressourcen verschwendet. Die Regenerationskraft der Natur ist geschwächt. Eine bereits hochzivilisierte Gesellschaft stellt jedoch immer neue Ansprüche und die notleidenden Menschen ausserhalb davon sehen sich veranlasst, im nackten Ueberlebenskampf die langfristig unentbehrlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Uebersättigung und Elend treiben damit gleichermassen Raubbau an der Natur. Legitime ebenso wie überbordende Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung zwingen zu immer aussergewöhnlicheren und riskanteren Massnahmen, um den Bedarf an Rohstoffen, Energie und Transportkapazitäten zu decken.

Die Grenzen des Wachstums sind längst erreicht, aber die Wachstumsideologie herrscht weiter. Die immer grösser werdenden Risiken sind nicht mehr zu verantworten, und doch werden sie weiterhin verharmlost. Mögliche Schäden überschreiten alle Grenzen und nehmen Ausmasse an, die zum Handeln zwingen, selbst wenn noch nicht alle ursächlichen Zusammenhänge restlos geklärt sind.

Jedes gesunde Wachstum hat ein Ende, nur kranke Organismen wuchern ohne Ziel. So verhält sich unsere Wegwerfgesellschaft, wie wenn die Erde nicht ein beschränkter Raum mit beschränkten Ressourcen wäre, mit denen sparsam umzugehen ist. Wir setzen uns deshalb ein für eine Politik, die das materielle Wachstum in den reichen Ländern beendet und sich qualitativen Verbesserungen der Gesellschaft und der Lebensqualität zuwendet. Eine Beschränkung des materiellen Ueberflusses und eine bessere Verteilung der Güter dieser Erde verschaffen allen Menschen mehr Gesundheit, Glück und Lebensqualität. Selbstbeschränkung ist gefordert - die Einsicht, dass weniger oft mehr ist, hat sich aber noch nicht durchgesetzt.

Gesellschaftlicher Wandel

Das Schlüsselwort unserer Zeit heisst "post". "Post-industriell", "post-modern" - alle diese Bezeichnungen weisen darauf hin, dass sich die westlichen Industrienationen in einem grundlegenden gesellschaftlichen Umbruch befinden. Wie die Modernisierung im 19. Jahrhundert die ständische Agrargesellschaft aufgelöst und die moderne Industriegesellschaft hervorgebracht hat, so führen die Veränderungen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu einer neuen Gesellschaftsform, deren Konturen erst in Ansätzen sichtbar sind.

Eines der zentralen Merkmale dieser neuen Gesellschaftsform ist die Auflösung der sozialen Bindungen. Sie birgt Chancen und Risiken zugleich. Einerseits eröffnet sie den einzelnen Menschen eine erheblich grössere Wahlfreiheit bezüglich der eigenen Lebensgestaltung. Beziehungen werden immer weniger durch vorgegebene Regeln geprägt. Sie sind vielmehr in zunehmendem Masse Gegenstand eines partnerschaftlichen Aushandlungsprozesses, wie es am deutlichsten im Geschlechterverhältnis zum Ausdruck kommt. Andererseits zwingt der gesellschaftliche Wandel aber auch zur Gestaltung des eigenen Lebens und zur eigenen Sinngebung und stellt damit hohe Anforderungen an die Einzelnen. 90 Prozent des heutigen Schulwissens war unseren Grosseltern zu Jugendzeiten unbekannt. Wertvolle menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten sind hingegen verlorengegangen. Arbeitsteilung und Spezialisierung führen dazu, dass die Menschen von immer mehr immer weniger verstehen. Mit den neuen Technologien hat zwar das Informationsangebot enorm zugenommen, doch für die meisten Menschen wurde die Welt dadurch auch komplizierter und undurchschaubarer.

Viele Menschen fühlen sich in dieser Situation verunsichert, orientierungslos und auf sich gestellt. Das Bedürfnis nach persönlicher Weiterentwicklung ebenso wie die Flucht in Drogen, die Suche nach Sündenböcken und einfachen Heilslehren, Konsum oder Aktivismus können die Folge sein. Wie die gesellschaftlichen Widersprüche bewältigt werden, hängt in entscheidendem Masse von den persönlichen, materiellen und sozialen Ressourcen ab, die einem Menschen zur Verfügung stehen. Diese aber sind ungleich verteilt und für bestimmte gesellschaftliche Gruppen kaum gegeben, vor allem auch weil sich das System

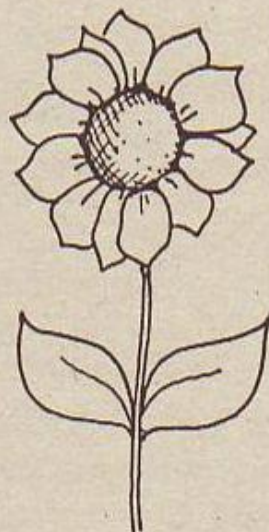
der Existenzsicherung noch völlig an den traditionellen Lebensformen orientiert. Eine grundlegende neue Sozialpolitik, die dem Wandel der Lebensformen und Lebensverhältnisse Rechnung trägt, ist deshalb ebenso dringend notwendig wie ein Abbau der sozialen Ungleichheiten und eine Veränderung der wirtschaftlichen und bildungspolitischen Rahmenbedingungen. Dabei gilt es auch, dem wachsenden Desinteresse an der Allgemeinheit und der Tendenz zur Desolidarisierung aktiv zu begegnen.

Veränderte internationale Lage

Die weltpolitische Lage zeichnet sich durch grosse Umwälzungen mit zum Teil gegenläufigen Tendenzen aus. Einerseits schicken sich die Länder im westeuropäischen Raum an, im Interesse erleichterter Handelsbeziehungen die Grenzzäune aufzuheben. Ueber die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes soll sich letztlich auch ein engerer politischer Zusammenschluss ergeben.

Auf der andern Seite laufen in Osteuropa und in der Sowjetunion nach dem Zerfall der totalitären Systeme eigentliche Unabhängigkeitsbestrebungen an, durch welche einstmals souveräne Staaten nach mehr als vierzigjähriger Besatzungszeit ihre Unabhängigkeit wiederzurückerlangen, Völker und Volksgruppen streben nach mehr Selbständigkeit. Nicht frei von Gross-Nationalismus ist auch die neue Blockbildung in Westeuropa, welches den Wirtschaftsmächten USA und Japan die Stime bieten möchte.

Unverändert gross sind aber nach wie vor die Probleme der ärmeren Länder. Das Gefälle zwischen Nord und Süd lässt nicht nur neue Krisenherde entstehen, sondern wird zur eigentlichen Ueberlebensfrage für die ganze Welt. Es gilt, die ideologischen Gegensätze zu überwinden und die Unterschiede zwischen arm und reich auf diesem Planeten auszugleichen.



Politische Leitideen

Grundsätze

1. Langfristigkeit

Jede politische Entscheidung muss auf ihre langfristigen Folgen auf das ökologische Gleichgewicht und auf die Zukunft der menschlichen Gesellschaft überprüft werden. Wenn eine Handlung Ungleichgewichte schafft oder verstärkt, so muss sie durch korrektive und kompensative Massnahmen begleitet werden, welche diese Veränderung wieder ausgleichen. Sollten solche begleitenden Massnahmen unmöglich, ungenügend oder nicht opportun sein, so gilt es, auf eine Handlung zu verzichten oder sie entsprechend zu ändern.

2. Qualität

Eine Weiterführung des quantitativen Wachstums ist langfristig unmöglich, denn es beruht auf begrenzten Ressourcen in einem begrenzten System. Die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft muss sich deshalb an qualitativen Verbesserungen orientieren. Eine Stabilisierung und anschliessend eine Reduktion des Energie- und Rohstoffverbrauchs muss einhergehen mit der Verbesserung der Lebensqualität und der sozialen Bindungen, einer Erneuerung des Verhältnisses des Menschen zur Natur, einem Reichtum an kulturellen Aktivitäten.

3. Solidarität

Unter Solidarität verstehen wir den dauernden Einbezug der gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebewesen, den verschiedenen Gesellschaftsformen und, innerhalb einer Gesellschaft, zwischen den verschiedenen Gruppen und Individuen. Solidarität ist unvereinbar mit Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Minderheiten. Solidarität verstehen wir auch in einem traditionellen sozialen Sinn, indem wir meinen, dass jedes Individuum in irgendeiner Form einen Beitrag an unsere Gesellschaft leistet und deshalb Anrecht auf die Sicherung seiner materiellen Existenz hat.

4. Dezentralisierung

Dieses Anliegen steht für uns bei allen Machtstrukturen im Zentrum. Die Grünen wollen, dass alle Verantwortlichkeiten auf möglichst tiefer Ebene wahrgenommen werden können. Entscheidungsbefugnisse sollen nur in den Bereichen der Gemeinde, dem Staat oder einer Staatenföderation abgegeben werden, in denen eine Harmonisierung im Interesse des Allgemeinwohls notwendig ist. Dezentralisierung bedeutet gleichzeitig die Entwicklung demokratischer Rechte und eine föderalistische Organisation der politischen Institutionen.

5. Vielfalt

Wir betrachten die Vielfalt der Lebewesen und Arten als den Reichtum einer komplexen Natur. Parallel dazu stellt die kulturelle Vielfalt den Reichtum der Menschheit dar. Der Schutz dieser natürlichen und kulturellen Vielfalt ist ein dauernder Kampf gegen die blinde Ausbeutung der Natur und gegen die Uniformierungstendenzen, welche die in unserer Gesellschaft heute dominierende Technokratie auszeichnet.



Haltungen

1. Sachbezogenheit

Unsere Politik setzt sich zum Ziel, Probleme unter Wahrung der Lebensvielfalt und im Sinne des Allgemeinwohls zu lösen. Das ist nur möglich, wenn man die Zusammenhänge erkennen will und die Sachverhalte nicht durch ideologische Vorurteile und eigennützige Absichten verzerrt werden.

2. Offenheit

Aufgaben können häufig nur über unkonventionelle Ueberlegungen und nicht alltägliche Massnahmen bewältigt werden. Deshalb muss man jederzeit lernbereit und dialogfähig sein und neuen Ideen gegenüber zugänglich bleiben.

3. Transparenz

Wir bemühen uns um klare, einleuchtende und für alle zugängliche politische Entscheidungsgrundlagen. Sie erlauben es allen Bürgerinnen und Bürgern, unsere Ueberlegungen und Schlussfolgerungen selbst nachzuvollziehen.

4. Konsequenz

Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass das, was als notwendig und richtig erkannt worden ist, auch realisiert wird. Mögliche Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, sind für uns kein Grund, das Ziel aus den Augen zu lassen, höchstens Anlass, den Weg dorthin zu überprüfen.

5. Kooperationsbereitschaft

Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften bereit, die unsere Auffassungen teilen oder mit einzelnen unserer Anliegen einige gehen. Die GPS betreibt keine Opposition aus Prinzip, aber sie verweigert immer dann die politische Gefolgschaft, wenn dies im Interesse der Sache und des Allgemeinwohls angebracht ist.

Politisches Programm

1. Erhaltung der Lebensgrundlagen

Die Erhaltung der Lebensgrundlagen, der Schutz unserer natürlichen Umwelt sowie die Wiederherstellung der ökologischen Gleichgewichte sind heute die vordringlichsten Aufgaben politischen Handelns. Sie haben Vorrang vor den traditionellen wirtschaftlichen Zielen. Für die Grüne Partei stehen deshalb als dringendste Anliegen die Erhaltung der nicht erneuerbaren Ressourcen, der Schutz von Luft, Wasser und Boden vor Verschmutzung sowie der Schutz der Artenvielfalt und ihrer Lebensräume. Die Grüne Partei setzt sich vorbehaltlos für alle dazu notwendigen politischen Massnahmen ein.

Diese neue Prioritätensetzung erfordert eine Umkehr der Beweislast in allen Bereichen, wo ökologische und ökonomische Anliegen einander konkurrenzieren. Nicht die Schädlichkeit eines Produktes oder einer Aktivität auf die Umwelt soll bewiesen werden müssen, um ein Verbot zu erreichen, sondern die Verursacher sollen die Unschädlichkeit beweisen müssen. Dieser Beweis muss vor jeder neuen technologischen Entwicklung erbracht werden, insbesondere wenn diese den Kern des Lebens oder der Materie berührt (Atom-, Gentechnologie).

2. Demokratie und Institutionen

Die Verschiedenartigkeit der Menschen und ihrer Anliegen kann nur in einer demokratischen und föderalistischen Staatsform zum Zuge kommen und offen ausgetragen werden. Diese muss die Bürgerinnen und Bürger und ihre Organisationen wo immer möglich direkt am politischen Meinungsbildungsprozess beteiligen. Partielle Interessen und kurzfristige Vorteile dürfen kein Grund sein, an den demokratischen Rechten Abstriche vorzunehmen.

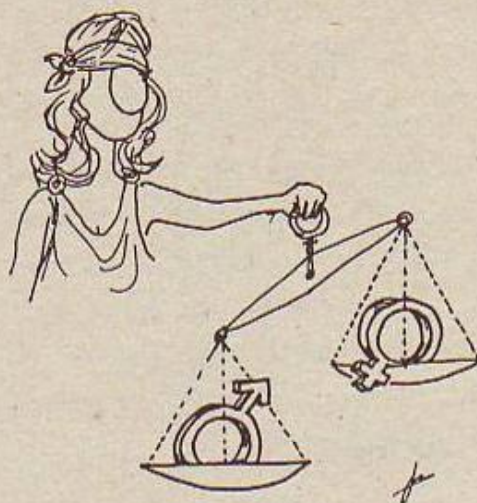
Die Demokratie muss weiterentwickelt werden durch eine Erweiterung der Volksrechte (Gesetzesinitiative, Finanzreferendum), durch eine gleiche Vertretung von Frauen und Männern in den gewählten Behörden, durch die schrittweise Einführung des Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene AusländerInnen und durch eine Verstärkung der gewählten Organe gegenüber der Verwaltung und der Interessenverbände.

Der Föderalismus muss bürgernahe Entscheidungen und Verantwortungen sicherstellen durch die Dezentralisierung von Kompetenzen und durch Entscheidungsstrukturen auf möglichst tiefen Ebenen. Neue Institutionen, wie z.B. Quartierräte innerhalb von

grossen Städten oder grenzüberschreitende Regionalräte, müssen die Lösung konkreter Probleme durch die direktbetroffene Bevölkerung fördern.

3. Gleichstellung der Geschlechter

Die Mitwirkung beider Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft ist nicht nur ein Recht, sondern eine Notwendigkeit. Das öffentliche Leben muss "weiblicher" werden. Die Grüne Partei setzt sich ein für eine gleichwertige Beteiligung beider Geschlechter in allen öffentlichen Aufgaben. Die "Frauenfrage" ist aber ebenso eine "Männerfrage" - notwendig sind nicht nur die gesetzlichen gleichen Rechte, sondern vielmehr eine neue Organisation der Arbeitswelt und ein Ausbrechen von Männern und Frauen aus den überkommenen Rollennormen.



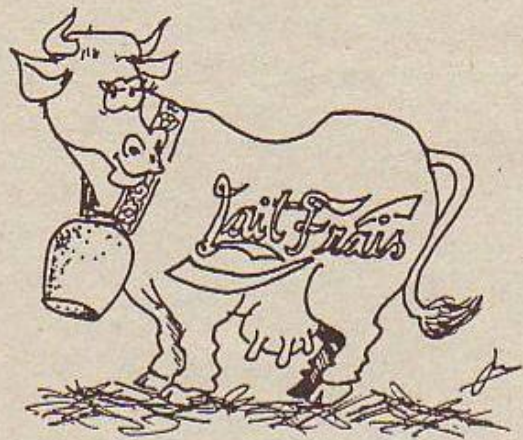
20 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts und 10 Jahre nach der Schaffung des Gleichheitsartikels in der Bundesverfassung ist die Gleichstellung der Geschlechter in Gesellschaft, Familie und Beruf heute noch bei weitem nicht erfüllt. Frauen sind in der Politik immer noch massiv untervertreten, Frauen leisten immer noch den Grossteil der unbezahlten Arbeit in der Familie, berufstätige Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 30 % weniger als die Männer, Frauen sind weiterhin den vielfältigsten Formen von Gewalt ausgesetzt.

Die Grüne Partei verlangt die rasche Anpassung aller Gesetze, um die Benachteiligung der Frauen aufzuheben (Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, Mutterschaftsversicherung mit Elternurlaub, Schutz vor sexueller Gewalt). Das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muss überall angewendet werden. Durch eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit gilt es, Mann und Frau gleichermaßen am Haushalt und an der Kindererziehung zu beteiligen.

In der Politik sollen durch spezielle und vorübergehende Massnahmen - wie eine konsequente Quotenregelung - Frauen so lange bevorzugt werden, bis die Gleichstellung der Geschlechter zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

4. Landwirtschaft

Aufgabe der Landwirtschaft ist nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und natürlichen Nahrungsmitteln, sondern ebenso die langfristige Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der Landschaftsvielfalt sowie die dezentrale Besiedelung des Landes. Vor diesem Hintergrund muss die Gesetzgebung den landwirtschaftlichen Boden strikte schützen, die Erhaltung kleiner und mittlerer Bauernbetriebe ermöglichen und ökologische Landbaumethoden sowie naturnahe Tierhaltung, insbesondere den biologischen Landbau und die kontrollierte Freilandhaltung, fördern.



Die Arbeit der Bauern soll grundsätzlich durch einen angemessenen Preis der Produkte vergütet werden und, wo dieser dazu nicht ausreicht, durch Direktzahlungen für ökologische und soziale Leistungen. Notwendig ist auch eine differenzierte Entschuldung. Importierte landwirtschaftliche Produkte müssen den gleichen Qualitätsansprüchen genügen wie die inländischen Produkte. Die Nahrungsproduktion ist vor übermässiger Technisierung (Hors-sol, Bestrahlung, Gentechnologie, usw.) zu schützen.

5. Gesundheit

Gesundheit und Krankheit gehören gleichermaßen zum Leben. Sie sind durch persönliche wie gesellschaftliche Faktoren bedingt. Deshalb können krankmachende Einflüsse nur durch eine umfassende und ganzheitliche Gesundheitspolitik verringert werden. Diese wird jedoch die Krankheit nicht als Zustand betrachten, der um jeden Preis zu verhindern oder zu unterdrücken wäre.

Häufig sind Krankheiten eine Folge gesundheitsschädigender Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen. Wo immer möglich sind deshalb die Ursachen von Krankheiten zu bekämpfen, eine breit angelegte Informationsarbeit zu leisten und, wenn unumgänglich, auch Vorschriften und Verbote zu erlassen. Der Förderung der Sozial-, Arbeits- und Präventivmedizin kommt hohe Priorität zu.

Das gesamte Gesundheitswesen muss grundlegend neugestaltet werden, um die Hauspflege, die spitalexterne Behandlung und die Mithilfe von Angehörigen zu fördern.

Diese neuen Prioritäten erfordern eine Neuorientierung der Ausbildung in den medizinischen Berufen und eine Anpassung der Leistungen der Krankenversicherung.

Die Freiheit der Patienten muss gewährleistet werden. Sie sollen grundsätzlich selber entscheiden können, welchen medizinischen Behandlungsmethoden sie sich unterziehen wollen und in welchen Einrichtungen sie gepflegt werden möchten. Die Grüne Partei unterstützt deshalb die gleichwertige Anerkennung der verschiedenen Behandlungsmethoden, insbesondere auch der Naturheilmedizin.



6. Bildung und Kultur

Der wichtige Stellenwert von Bildung und Kultur im menschlichen Leben erfordert angesichts des gesellschaftlichen Wandels einige allgemeine Hinweise, auch wenn die Bildungs- und Kulturpolitik primär Sache der Kantone ist. Bildung und Kultur sind zentrale Anliegen einer offenen und lebendigen Gesellschaft und dürfen vom Staat nicht monopolisiert werden.

Fällige Bildungsreformen haben in Betracht zu ziehen, dass anstelle einmaliger Grundausbildungen lebenslanges Lernen treten muss. Dabei ist das Bildungsangebot flexibler zu gestalten, die Bildungseinrichtungen sind besser zu koordinieren und die Unterrichtszeiten an die gewandelten Bedürfnisse der Familien und der im Zunehmen begriffenen anderen Gemeinschaftsformen anzupassen.

Das Ziel der Bildungsbemühungen ist die Vermittlung grundlegender Handlungs- und Sozialkompetenzen und eine stärkere Verbindung von Theorie und Praxis anstelle isolierter Kenntnisse. Ferner gehören dazu alle Bemühungen, die zur gewaltfreien Austragung von Konflikten beitragen, Solidarität und Hilfsbereitschaft fördern und das

Verantwortungsbewusstsein stärken. Die Chancengleichheit im Bildungswesen ist zu verbessern, indem unter anderem frühzeitige Selektion und Spezialisierung vermieden werden und eine vermehrte Durchlässigkeit zwischen den Schultypen angestrebt wird.

Wie die Bildung gehört auch die Kultur wesentlich zum Leben und ist nicht bloss nützliche oder geduldete Zugabe. Sie bleibt unerlässlich für die geistige und soziale Entfaltung der Menschen. Daher ist die Förderung und finanzielle Unterstützung kulturellen Schaffens in seiner ganzen Vielfalt und Breite für uns eine selbstverständliche Aufgabe des Staates.



7. Soziale Sicherheit

Neue soziale Entwicklungen und die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur (in der z.B. die Familie nicht mehr die absolute Regel darstellt) erfordern neue Perspektiven in der Sozialpolitik. Die heutigen Sozialversicherungen entsprechen nicht mehr unserer Gesellschaftsstruktur und helfen gerade denen, die es am nötigsten hätten, kaum. Die "Neue Armut" ist eine Folge dieser Situation. Einziger Ausweg ist der völlige Umbau unserer Sozialversicherungen zu einem einheitlichen, solidarisches System der sozialen Sicherheit mittels einer existenzsichernden Einheitsrente für alle.

Die GPS unterstützt als ersten Schritt den Umbau der AHV/IV zu einer Versicherung, welche unabhängig von den geleisteten Beiträgen und unabhängig vom Geschlecht das Existenzminimum abdeckt. Dadurch kann das Obligatorium für die zweite Säule aufgehoben werden. Die notwendigen finanziellen Mittel sollen auch durch die Einnahmen aus den indirekten Steuern abgedeckt werden können.

Gleichzeitig gilt es, das Wiederentstehen aktiver und ehrenamtlicher Solidarität zu fördern - überall da, wo sie spontan entsteht: in der Familie, in den Quartieren, den Dörfern, den Berufsverbänden, kulturellen und sportlichen Organisationen, usw.

8. Schutz von Minderheiten

Alle Menschen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Lebensweise und ihrer kulturellen Zugehörigkeit sollen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens teilnehmen können und sich ihren Bedürfnissen entsprechend entfalten können. Diese Forderung gilt insbesondere für soziale, kulturelle oder ethnische Minderheiten.

Aus dieser Haltung heraus unterstützt die Grüne Partei die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen zur Bekämpfung des Rassismus und aller Formen von Diskriminierung von Randgruppen. Es gilt auch, die rechtlichen Bestimmungen an die Vielfalt der Lebensformen anzupassen (Konkubinats, Einelternfamilien, Wohngemeinschaften, Homosexuelle).

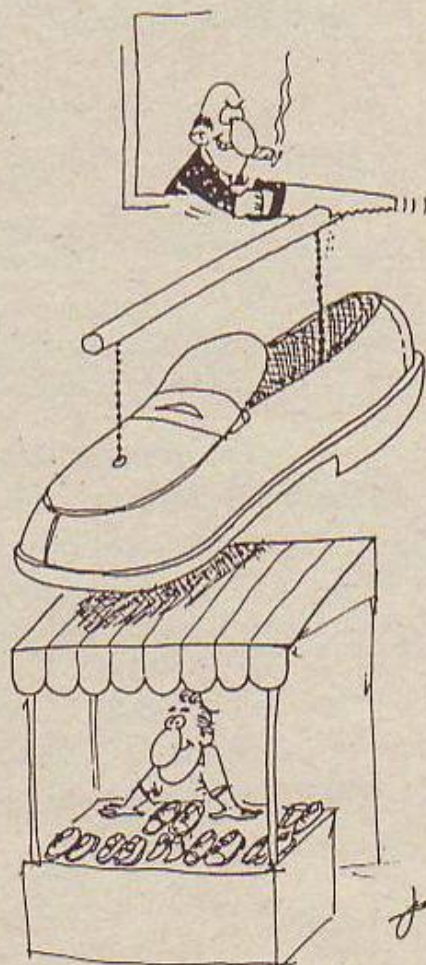
Die Grüne Partei setzt sich ein für eine Drogenpolitik, welche die weichen Drogen legalisiert und durch die staatliche Abgabe harter Drogen die Drogenszene entkriminalisiert und dadurch den Schwarzmarkt mit allen schrecklichen Folgeerscheinungen zum Verschwinden bringt.

9. Wirtschaft und Finanzen

Die Grüne Partei setzt sich ein für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Für uns bedeutet Marktwirtschaft die Existenzmöglichkeit für möglichst viele selbständige Unternehmen. Monopolartige Zusammenschlüsse, Kartelle und alle Formen des Missbrauchs konzentrierter wirtschaftlicher Macht zur Ausschaltung des Wettbewerbs sind zu unterbinden.

Der Staat soll grundsätzlich ins Wirtschaftsleben nicht direkt eingreifen. Der Wirtschaft sind aber ökologische und soziale Rahmenbedingungen zu setzen. Innerhalb dieser Leitplanken soll den Unternehmungen möglichst viel Freiheit gegeben werden.

Die Grünen fordern eine ökologische Finanzreform. Der Finanzbedarf des Staates soll anstelle der bisherigen undifferenzierten Verbrauchssteuern durch ökologisch ausgerichtete Steuern erbracht werden. Diese werden auf zentralen Ressourcen (vor allem der Energie) und umweltbelastenden Stoffen erhoben und bitten die



Verursacher ökologischer Belastungen zur Kasse. Umweltschonende Produktionsweisen erhalten damit einen Konkurrenzvorteil. So kann der ökologische Gedanken ins marktwirtschaftliche System integriert werden. Durch gezielte Steuerentlastungen sind umweltfreundliche Verhaltensweisen zusätzlich zu fördern.

10. Verkehr

Der gesamte Personen- und Güterverkehr hat heute ein Ausmass angenommen, das längst über die notwendigen Transportbedürfnisse hinausgeht und für Mensch und Natur schädlich und unzumutbar geworden ist. Das gesamte Verkehrsvolumen darf deshalb nicht mehr zunehmen. Die Zwangsmobilität durch Trennung von Arbeitsplatz, Wohnort, Einkauf und Freizeit muss ebenso verringert werden wie die durch enorme Distanzen zwischen Produktions- und Verteilzentren entstehenden Transportwege.

Die gesamte Umweltbelastung, die durch unsere Mobilität auf der Strasse, auf der Schiene und in der Luft entsteht, muss erheblich reduziert werden. Jede verkehrspolitische Massnahme, die sich nicht an diese Zielvorgabe hält, ist zu bekämpfen.

In den Agglomerationen und auf den grossen Verbindungen muss der motorisierte Privatverkehr soweit wie möglich auf umweltschonendere und ungefährlichere Verkehrsmittel wie Bahn, Bus, Fahrrad und Füsse umgelagert werden. Dazu sind ebenso infrastrukturelle wie fiskalische Massnahmen zu ergreifen. Kapazitätserweiterungen dürfen aber nur erfolgen, wenn gleichzeitig eine Umlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel garantiert wird. Grundsätzlich ist anzustreben, dass alle Verkehrsträger die durch sie entstehenden ökologischen und sozialen Kosten voll decken.

11. Energie

Unsere Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energieträgern wird katastrophale Folgen haben: entweder durch die Erschöpfung dieser Energiequellen oder durch die Folgen der durch sie entstehenden Verschmutzungen. Jede zukunftsgerichtete Politik muss deshalb darauf ausgerichtet sein, den Verbrauch von nicht erneuerbaren Energien (wie Uran, Oel, Gas und Kohle) zu stabilisieren und anschliessend schrittweise zu senken. Langfristig muss unser gesamter Energieverbrauch durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

Kurzfristig unterstützt die Grüne Partei alle Massnahmen, die den Verbrauch von Strom und von fossilen Brennstoffen reduzieren und dezentrale und erneuerbare Energieformen fördern. Das Atomenergie-Moratorium muss den ersten Schritt zu einem vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie ohne Erhöhung der Importe und ohne Erhöhung des Verbrauchs an fossilen Energien bedeuten.

12. Arbeit

Die durch den technischen Fortschritt erreichten Produktivitätsgewinne dürfen nicht dazu verwendet werden, immer mehr Konsumgüter zu produzieren. Sie sollen vielmehr zu einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit und zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Der Staat hat wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen, damit die Arbeitsplätze für das Individuum sinnvoll und für die Allgemeinheit nützlich sind. Dies erfordert die Bereitschaft zur Aufhebung bestimmter schädlicher Tätigkeitsbereiche.

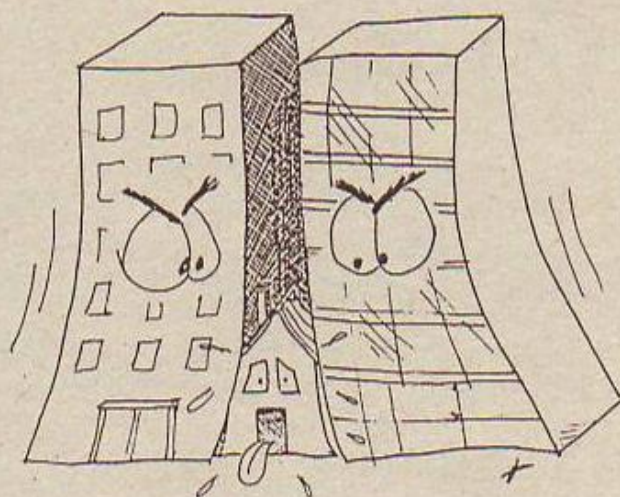
Sobald die Sozialgesetzgebung jedem eine existenzsichernde Grundrente garantiert und die minimalen Schutzvorschriften erfüllt sind, kann das Arbeitsrecht die Flexibilität fördern. Dies ebenso in der Regelung der Arbeitsverhältnisse wie in der Aufgabenteilung und der Altersvorsorge. Es sind ebenfalls Beihilfen zum beruflichen Wiedereinstieg und der Umschulung zu schaffen, insbesondere durch die Unterstützung der permanenten Fortbildung.

In diesem Rahmen muss die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in den Betrieben erweitert werden. Insbesondere sollen sich diese zu den Arbeitsmethoden und zu geplanten neuen Produktionsbereichen äussern können.

13. Raumplanung

Raumplanung setzt sich zum Ziel, das notwendige Gleichgewicht zwischen verschiedenen Nutzungen unseres beschränkten und nicht vermehrbaren Lebensraumes zu erhalten. Dieses Gleichgewicht erfordert einen strengen Schutz der unüberbauten natürlichen Lebensräume und der Landwirtschaftsflächen gegenüber den wachsenden Siedlungs- und Infrastrukturansprüchen.

Da die bebauten Flächen nicht vergrößert werden können, muss sich die Raumplanung darauf ausrichten, diese Flächen besser zu nutzen. Insbesondere gilt es, die Durchmischung der Zonen zu fördern, um die Distanzen zwischen Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Freizeit zu verringern, wodurch eine Reduktion der Verkehrsflächen ermöglicht wird. Ebenso muss die Zersiedelung



gestoppt und die Verdichtung der vorhandenen Bausubstanz gefördert werden. Der Besitz von Zweitwohnungen muss geregelt werden. Diese Massnahmen helfen mit, das Bauland der Spekulation zu entziehen.

Die Erarbeitung von verbindlichen Zonenplänen erfordert die Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung. Die politischen Behörden müssen diese Mitwirkung anregen und erleichtern.

14. Internationale Zusammenarbeit

Die Förderung dezentraler, überschaubarer Lebensstrukturen geht für die Grüne Partei Hand in Hand mit internationaler Zusammenarbeit. Es gibt eine Reihe von Problemen, die grenzüberschreitend sind und nur durch internationale Regelungen wirksam angegangen werden können. Notwendig ist deshalb eine aktive Mitarbeit in internationalen Gremien, insbesondere in der UNO, um gemeinsam und solidarisch mit allen Völkern dieser Welt die aktuellen Probleme zu lösen.

Die Verringerung des Gefälles zwischen reichen und armen Ländern ist dringender und notwendiger denn je. Da unser Reichtum auch auf der Ausbeutung der ärmeren Länder beruht, müssen wir alles daran setzen, den vorhandenen Reichtum gerechter zu verteilen. Das erfordert eine neue solidarische Wirtschaftspolitik und die Berücksichtigung der Anliegen der ärmeren Länder bei allen Entscheidungen.

Die Grüne Partei setzt sich ein für eine weltweite Strategie zur Deckung der Grundbedürfnisse für alle Menschen im Rahmen der erneuerbaren Ressourcen. Es ist dies ist der einzige Garant für eine allgemeine Befriedung der Weltlage und für eine Stabilisierung der Weltbevölkerung.

Die Migration von immer mehr Menschen in die reichen Länder kann keine Lösung der Entwicklungsprobleme bringen. Es sind im Gegenteil alle Anstrengungen zu ergreifen, damit allen Menschen in ihrer Heimat Arbeit und Auskommen gewährleistet wird. Dies bedingt allerdings eine Abkehr von der Politik der wirtschaftlichen Konzentration in den überentwickelten Ländern und eine Reduktion ihres Verbrauchs an den nicht-erneuerbaren Ressourcen dieses Planeten.

15. Europa-Politik

Die Grüne Partei setzt sich ein für eine demokratische, föderalistische und friedliche europäische Zusammenarbeit, die sich die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts, den Schutz ethnischer Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der

Völker zum Ziel setzt. Eine europäische Integration mit diesen Zielen muss von unten her entstehen und zu einem Europa der Regionen führen. Sie setzt die Zusammenarbeit aller EuropäerInnen voraus, vom Atlantik bis zum Ural, und darf kein Volk davon ausschliessen.

Eine europäische Einigung nach dem heutigen Modell der EG und die Schaffung eines Einheitsraums mit unbeschränktem Wachstum des Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs widerspricht diesen Grundsätzen. Die heute die EG dominierende zentralistische und rein wirtschaftlich ausgerichtete Politik ist in ihrem Wesen lebensfeindlich und antiökologisch. Sie führt zu einer Vergrösserung des Gefälles zwischen reichen und armen Ländern, zu einer noch grösseren Verschwendung unserer Ressourcen und zu einer Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Sie steht damit im Widerspruch zu den Regeln unseres Oekosystems.

In enger Zusammenarbeit mit den anderen grünen Parteien Europas unterstützt die Grüne Partei alle Bestrebungen und Institutionen, die ein Europa der Regionen anstreben. Sie setzt sich deshalb für ein verstärktes Engagement der Schweiz im Europarat und in der KSZE ein.

16. Frieden und Sicherheit

Friedens- und Sicherheitspolitik kann sich nicht mehr damit begnügen, militärische Konflikte zu vermeiden. Sie muss heute auf die neuen Bedrohungen reagieren, insbesondere auf die neuen durch die Grosstechnologien entstandenen Risiken. In der Schweiz sind diese Risiken heute - wie in allen anderen industrialisierten Staaten - wesentlich grösser als die Gefahr eines herkömmlichen Krieges. Sie müssen deshalb auch einen wichtigeren Stellenwert erhalten.

Die Grüne Partei will, dass die Schweiz sich international durch eine aktive und solidarische Neutralitätspolitik stärker engagiert und zum Aufbau eines europäischen und weltweiten Friedensklimas beiträgt. Sie befürwortet deshalb die Mitarbeit der Schweiz in allen internationalen Institutionen und Konferenzen, welche sich die Verhinderung bewaffneter Konflikte und den Abbau der grosstechnologischen Risiken zum Ziel setzen.

In der Schweiz fordert die Grüne Partei den Ersatz der allgemeinen Wehrpflicht durch einen Gemeinschaftsdienst mit freier Wahl zwischen militärischer und ziviler Dienstleistung. Ihr langfristiges Ziel ist es, die Armee abzuschaffen und durch einen allgemeinen sozialen Gemeinschaftsdienst zu ersetzen. Dieser Fortschritt muss begleitet sein durch eine entsprechende Reduktion der Rüstungsabgaben, ein Verbot der Kriegsmaterialein- und -ausfuhr und eine Ueberprüfung aller problematischen Güter im Hinblick auf ihre soziale, ökologische und sicherheitspolitische Verträglichkeit.

Die GPS auf einen Blick

- 1973 Gründung der ersten grünen Partei in der französischsprachigen Schweiz: "Mouvement populaire pour l'environnement" in Neuchâtel. Dieses gewinnt in den Gemeindewahlen von 1972 17,8 % der Stimmen. Heute: "Ecologie + Liberté".
- 1976 Gründung der ersten grünen Partei in der Deutschschweiz: "Demokratische Alternative" in Bern. Heute: "Grüne Partei Bern".
- 1983 Im Frühjahr treffen sich auf Einladung der Demokratischen Alternative VertreterInnen der verschiedenen, seither entstandenen regionalen grünen Parteien in der Schweiz zwecks Gründung einer gesamtschweizerischen "Grünen Föderation". Die verschiedenen Gruppen können sich jedoch noch nicht auf eine gemeinsame Plattform einigen.
28. Mai: Gründung der "Föderation der Grünen Parteien in der Schweiz (GPS)" durch die Grünen Parteien der Kantone NE, VD, GE, ZH und die GP Nordwestschweiz. Andere Grüne Gruppen machen noch nicht bei der GPS mit, folgen aber im Laufe der Jahre als Einzelmitglieder nach.
23. Oktober: Die Föderation gewinnt bei den Nationalratswahlen zusammen mit der Freien Liste Bern 4 Sitze.
- 1986 Die GPS tauft sich um in "Grüne Partei der Schweiz".
- 1987 Die GPS wird als zehnte Mitgliedspartei der Koordination der europäischen Grünen aufgenommen.
18. Oktober: Die GPS gewinnt mit 7,1 % 11 Sitze bei den Nationalratswahlen. Damit wird sie die fünftgrösste Partei der Schweiz und die grösste Oppositionspartei des Landes. Zwei der 11 NationalrätInnen stossen erst im Verlaufe der Legislatur zur Fraktion, als ihre Kantonalparteien der GPS beitreten (AG und BL).

Die Grünen in den Kantonen

Die Grüne Partei der Schweiz ist heute in allen Kantonen, in denen es eine GPS-Kantonalpartei gibt, im Kantonsparlament vertreten. Das ergibt eine Gesamtzahl von 123 KantonsparlamentarierInnen (Stand: Juni 1991).

Im weiteren sind die Grünen in Neuenburg in der Kantons- sowie in zahlreichen Gemeinden in der Gemeinderegierung vertreten (so unter anderem in Lausanne, Bern und Genf).

Die 11 grünen NationalrätInnen:

Rosmarie Bär (BE), Verena Diener (ZH), Lukas Fierz (BE), Irène Gardiol (VD), Rudolf Hafner (BE), Susanne Leutenegger Oberholzer (BL), Hans Meier (ZH), Laurent Rebeaud (GE), Peter Schmid (TG), Monika Stocker (ZH), Hanspeter Thür (AG)

Die GPS-Kantonalparteien:

- AG: Grüne Aargau, Postfach 2829, 5001 Aarau, Tel.: 064/22 88 74
BE: Freie Liste, Marienstrasse 11, 3005 Bern, Tel.: 031/44 08 21, Fax: 031/44 14 08
Grüne Partei Bern, Postfach 6403, 3001 Bern, Tel.: 031/22 01 07, Fax: 031/21 23 06
BL: Grüne Partei Baselland, Postfach 390, 4410 Liestal
BS: Grüne Partei Baselstadt, Postfach 1442, 4001 Basel
FR: Parti écologiste fribourgeois, Case postale 668, 1701 Fribourg, Tel.: 037/24 69 69
GE: Parti écologiste genevois, Case postale 2690, 1211 Genève 2, Tel.: 022/731 79 64
GL: Glamer Umweltgruppen GUG, Postfach 12, 8754 Netstal,
Tel.: 058/61 34 21 (F. Weber, Präsident)
LU: Grünes Bündnis Luzern, Postfach 31, 6000 Luzern 4, Tel.: 041/44 79 66,
Fax 041/44 41 31
NE: Ecologie et Liberté, Case postale 1648, 2002 Neuchâtel 2
SG: Grünes Bündnis des Kts. St.Gallen, Postfach 194, 9004 St.Gallen, Tel.: 071/22 13 30
SZ: Kritisches Forum Schwyz, Postfach, 6430 Schwyz, Tel.: 043/31 46 22
TG: Grüne Partei des Kt. Thurgau, c/o Hans Eigenmann, Algisserstrasse 11
8500 Frauenfeld, Tel.: 054/21 95 70
VD: Groupement pour la protection de l'environnement GPE, Case postale 693
1001 Lausanne, Tel.: 021/24 51 05
ZH: Grüne Partei des Kt. Zürich, Freiestrasse 102, 8032 Zürich, Tel.: 01/383 16 54
Fax: 01/383 95 44

Beobachter:

- BL: Grüne Baselland, Postfach 624, 4127 Birsfelden, Tel.: 061/311 30 27
SO: Grüne Kanton Solothurn, Postfach 326, 4501 Solothurn, Tel.: 062/63 26 25
Fax: 062/63 26 41
TI: Movimento dei Verdi Ticinesi casella postale 16, 6826 Riva San Vitale
Tel.: 091/69 16 79 (P), 091/69 19 21 (G)
VS: Parti écologiste valaisan/Walliser Grüne Partei, Case postale 802, 1920 Martigny

Parteipräsidentin: Irène Gardiol, Pully VD
VizepräsidentInnen: Monika Stocker, Zürich und Luzius Theiler, Bern
Fraktionspräsidentin: Rosmarie Bär, Muri BE
Parteisekretär: Bernhard Pulver, Bern

Die GPS ist Mitglied der europäischen
Grünen, dem internationalen Zusammen-
schluss von 24 Grünen Parteien aus 20
Ländern Europas.

